

Ladislav VOJÁČEK, Brünn

## Staatsrechtliche Konzepte der tschechischen und slowakischen Innenpolitik aus der Zeit vor der Entstehung der Tschechoslowakei

### *Constitutional Concepts of Czech and Slovak Domestic Policy before the Formation of Czechoslovakia*

*From the very beginning, the settling of the Czech and Slovak questions was closely linked to the question of how the fate of the entire Habsburg Monarchy would unfold. Even though a number of political parties were active by 1914, almost all Czech politicians regarded the Habsburg union of states as a constant in the world order and had not set for themselves the goal of creating an independent state. One person who deviated from the defining line of Czech politics was the pro-Russian politician Karel Kramář. After the outbreak of the First World War, Czech politicians initially remained wary. Later, activism prevailed among them, and the Czech Union (Český svaz) and the National Committee (Národní výbor) became their organisational platforms. At the beginning of 1917, activist politics culminated in the rejection of the demand for the "liberation of the Czecho-Slovaks from foreign rule" stipulated in the Entente's proposal for peace negotiations. Also in the constitutional statements of most Czech deputies read out at the opening of the Imperial Council and in the projects of the late summer and autumn of 1917, which addressed the creation of a common Czech-Slovak state within the framework of the Habsburg monarchy, the preservation of a reorganised Habsburg monarchy was taken for granted. In early 1918, however, the idea of an independent Czechoslovak state began to gain ground among Czech politicians at home. In the spirit of this idea, the so-called Epiphany Declaration and the drafts of the political law and the economic law of early October 1918 were drawn up, whose content was subsequently incorporated into the first laws of the Czechoslovak state.*

**Keywords:** constitutional projects of 1917 – Czech politics – Czech Union – Maffie – National Committee – Antonín ŠVEHLA – World War One

Die Lösung der tschechischen und der slowakischen Frage war von Anfang an untrennbar damit verbunden, wie sich das Schicksal der gesamten Habsburger Monarchie gestalten würde. Beides stand in engem Zusammenhang, und den tschechischen und slowakischen Politikern im In- und Ausland blieb natürlich nicht verborgen, dass die Lösung der tschechischen und der slowakischen Frage auf staatsrechtlicher Ebene nicht nur ein Bestandteil der Lösung der österreichisch-ungarischen Frage, sondern letzterer auch weitgehend nachgeordnet war. Vor dem Krieg

war dies ein innenpolitisches Problem der Monarchie, und die strategisch bedeutenden Felder auf dem politischen Schachbrett wurden von den Deutschen und den Ungarn besetzt. Die übrige Welt konnte das Spiel allenfalls vom Spielfeldrand aus kommentieren. Nach Ausbruch des Krieges jedoch begann – aufgrund des Krieges – ein Spiel, das auf einer höheren Ebene stattfand. Ehemalige Kommentatoren traten dem Spiel als einflussreiche Akteure bei, man begann, mit schwierigeren Regeln als denen des Schachspiels

zu spielen, und die Einsätze erhöhten sich erheblich. Zwar waren die Akteure im Grunde genommen in zwei konkurrierende Lager aufgeteilt, doch Strategie und Taktik des Spiels ermöglichten vielfältigste Kombinationen, man konnte ein „doppeltes Spiel“ spielen, mit dem Gegner Kontakte knüpfen und vom einen in das andere Lager wechseln. Letztendlich konnte das machtpolitische Spiel in der krachenden Niederlage eines der rivalisierenden Lager oder auch in einer Patt-situation enden.

## In den ruhigen Verhältnissen der Jahrhundertwende

In den durch die Verfassung von 1867 herbeigeführten demokratischen Verhältnissen sowie infolge einer allmählichen Ausweitung des Wahlrechts erblühte gegen Ende des 19. Jahrhunderts das tschechische politische Leben und eine größere Anzahl politischer Parteien formierte sich.<sup>1</sup> Die goldene Ära der nationalen Parteien war im Laufe der 1890er Jahre definitiv vorbei. Die Parteien, die ihr Programm in erster Linie auf nationale Forderungen stützten, gerieten an den Rand des politischen Spektrums. In den Vordergrund drängten neue Parteien, die sich an die Angehörigen bestimmter Gesellschaftsschichten richteten und vor allem deren spezifische Interessen schützen und durchsetzen wollten. Sie gaben den Gedanken an eine nationale Einheit als Instrument der Durchsetzung nationaler Forderungen zwar nicht komplett auf, gingen mit der tschechischen Frage jedoch auf ihre Art um. In ihrer staatsrechtlichen Argumentation fanden sich bereits deutlich modernere Argumente als jene, die auf dem traditionellen tschechischen historischen Recht basierten. In der Politik der neuen Parteien hielt der Gedanke Einzug, das tschechische Volk

habe wie jedes andere Volk das natürliche, unanfechtbare Recht, selbst über seine staatsrechtliche Existenzform zu entscheiden. In der tschechischen Politik waren das „von den Toten geerbte Recht“ (historisches Recht) und das Recht, das „den Anspruch erhebt, das Recht der Lebenden zu sein“<sup>2</sup> (natürliches Recht) von da an miteinander verflochten – in der Sichtweise der einen ergänzten sie sich, ein andermal überschritten sie sich wieder. Die während der nationalen Wiedergeburt entstandene Idee einer tschecho-slowakischen Gegenseitigkeit, die sich realistisch betrachtet eben nur auf das natürliche Recht stützen konnte, schwächte somit gleichzeitig die tschechischen Argumente, wenn es darum ging, das Territorium der Länder der böhmischen Krone in ihren historischen Grenzen zu erlangen.

Auch wenn bis zum Jahr 1914 mehrere politische Parteien aktiv waren, betrachtete nahezu die gesamte tschechische Politik den Habsburger Staatenbund als eine Konstante der Weltordnung und hatte sich nicht das Ziel gesetzt, einen eigenständigen Staat zu erschaffen. So bekannte sich z.B. Tomáš Garrigue Masaryk in seiner in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts entstandenen bekannten Schrift „Die tschechische Frage“ zu František Palacký, als er schrieb, er erachte dessen „Idee des österreichischen Staates trotz diverser Verfassungsänderungen bis heute als sichere Leitplanke“ und „unsere Politik kann nicht erfolgreich sein, wenn sie nicht von einem echten und starken Interesse am Schicksal Österreichs getragen wird“.<sup>3</sup>

Einer, der von der bestimmenden Linie der tschechischen Politik abwich, war der russlandfreundliche Politiker Karel Kramář. Er sah die Zukunft des tschechischen Volkes im Jahr 1914 in einem größeren Gefüge, das in der Lage wäre, den pan-germanischen Tendenzen der deutschen Politik zu trotzen. In Vorahnung eines bevorstehenden

<sup>1</sup> Zur Entwicklung des tschechischen Parteiensystems siehe insbesondere HEIDLER, *České politické strany*; HARNA, *České státní právo* 490–491 oder BALÍK u.a., *Politický systém*.

<sup>2</sup> KREJČÍ, *Geopolitika* 250.

<sup>3</sup> MASARYK, *Česká otázka* 135 und 136.

Konflikts, der die Möglichkeit grundlegender Veränderungen innerhalb der europäischen Ordnung eröffnen würde, formulierte er 1914 seine eigene Vorstellung von der Ordnung der slawischen Welt nach diesem Konflikt und ließ diese in einen Entwurf für eine Verfassung eines gesamtshawischen Reichs einfließen.<sup>4</sup> Als der Krieg dann bereits am 4. August 1914 ausbrach, prophezeite er als erster tschechischer Politiker in der Zeitung „Národní listy“: „Die Landkarte Europas wird nach dem Ende des grauensvollen Krieges nicht wiederzuerkennen sein“.<sup>5</sup> Darüber hinaus brachte er – zwar indirekt, doch recht deutlich – zum Ausdruck, welchen Ausgang des Konflikts er sich wünschen würde.

## Für die Habsburger Monarchie, doch mit halbem Herzen

Auch nach Ausbruch des Krieges war die tschechische oder tschecho-slowakische Selbständigkeit für die überwiegende Mehrheit der im Land verbliebenen Politiker und auch der Normalbürger etwas Unvorstellbares oder zumindest langfristige nicht Haltbares. Der Krieg, der bisher ungekannte Dimensionen annahm, erschütterte jedoch sämtliche Gewissheiten, die in der Welt um die Jahrhundertwende gegolten hatten. Gleichzeitig eröffnete die mit jedem weiteren Kriegsmonat zunehmende Unvorhersehbarkeit der weiteren Entwicklung ungeahnte Möglichkeiten für politische Kombinationen, die noch vor einigen Jahren als abenteuerliche politische Utopie abgetan worden wären. Im Krieg ist alles möglich – Untergang, aber auch neues Leben.

Robert Kvaček schrieb über den „Großen Krieg“ zutreffend, die tschechische Gesellschaft habe ihn „zunächst ohne Protest akzeptiert, in Loyalität und im Bewusstsein ihrer Pflicht gegenüber dem Reich, dessen Teil sie war und zu deren ‚Staatsnation‘ sie werden wollte“.<sup>6</sup> Hätten sich etwa, als die Söhne und Väter österreichische Uniformen anzogen, die anderen – ihre Mütter, Ehefrauen, Kinder und Geschwister – ihre Niederlage wünschen sollen? In Texten, die im Umfeld der tschechischen Auslandsaktion entstanden, ist zwar zu lesen, dass „das gesamte tschechische Volk vom ersten Kriegstag an ausnahmslos seine Feindschaft gegenüber Österreich und Deutschland zum Ausdruck brachte“,<sup>7</sup> und dass „die Erlangung der Selbständigkeit das eindeutige Ziel von ganz Böhmen und von allen tschechischen Parteien“<sup>8</sup> sei. Diese und ähnliche Aussagen dienten jedoch in erster Linie der Propaganda. Vielen kamen diese Äußerungen auch in den nachfolgenden Jahren gelegen, daher wurden sie auch noch nach dem Krieg als Legende weiterverbreitet. Der Realität entsprachen sie allerdings nicht. Andererseits muss man sagen: auch wenn sich die Tschechen dem Krieg nie widersetzt haben, „ihr Krieg“ war es ganz bestimmt nicht.

Der Ausbruch des Krieges kam für die tschechischen Politiker zweifelsohne überraschend, weshalb sie anfangs zurückhaltend agierten.<sup>9</sup> Dabei zwang sie die veränderte Lage, das bestimmende Paradigma der tschechischen Politik zu überdenken. Lediglich die mährischen Katholiken nahmen eine klare Position ein und unterstützten die Monarchie ausdrücklich. Die übrigen Parteien gaben ihre Strategie des Abwartens erst nach der Niederlage der russischen Armee bei Gorlice im Mai 1915 auf und begannen daraufhin allesamt,

<sup>4</sup> Verfassungsentwurf in GALANDAUER, Vznik 243–250.

<sup>5</sup> Zitiert nach Za právo a stát 166.

<sup>6</sup> KVAČEK, První světová válka 65.

<sup>7</sup> BENEŠ, Zničte Rakousko! 95.

<sup>8</sup> Masaryks Memorandum „Samostatné Čechy“ (Independent Bohemia) vom Mai 1915, das Masaryk dem britischen Außenminister E. Grey überreichte. Abgedruckt in: GALANDAUER, Vznik 260–275.

<sup>9</sup> Wie E. Beneš zugab: „Der Krieg kam für uns unglaublich überraschend und wir waren für den entscheidenden Kampf noch nicht ausreichend vorbereitet“. Obwohl er bei diesen Worten seine engsten Gefährten im Sinne hatte, lässt sich seine Aussage über die Unvorbereitetheit auch auf die gesamte politische Szene und die breite Öffentlichkeit übertragen. BENEŠ, Zničte Rakousko! 94.

pro-österreichische politische Aktivitäten zu entfalten. Erst nach der russischen Februarrevolution von 1917 und dem Kriegseintritt der USA konnten sie sich von dieser Haltung befreien. Initiatoren der tschechischen aktivistischen Politik waren die Jungtschechen (Mladočeši), getragen wurde sie jedoch von der Zusammenarbeit zwischen der Agrarpartei (Československá strana agrární) und den Sozialdemokraten (Česká strana sociálně demokratická). Ihren Ausdruck fand sie in verschiedenen Zustimmungsbekundungen gegenüber der Politik des Kaiserhofes. Die einzigen, die sich der vorherrschenden Strömung nicht anschlossen, waren Masaryks Realisten (Realisté) und die nationalistisch geprägte Staatsrechtlich-fortschrittliche Partei (Státoprávní pokroková strana).

Der Aktivismus, zu dessen Organisationsplattform Ende 1916 der Tschechische Bund (Český svaz) und der Nationalausschuss (Národní výbor) wurden, bedeutete zwar nicht notwendigerweise den Verzicht auf eine tschechische Politik. Dennoch zeigte sich bald, dass sich die Ideen des österreichischen und des tschechischen Patriotismus, die sich bislang parallel zueinander entwickelt hatten, aufgrund des kriegerischen Konflikts nun diametral gegenüberstanden.<sup>10</sup> Es bestand die Gefahr, dass die Widerstandsbewegung im Ausland auf lange Zeit ohne politische Unterstützung aus der Heimat dastehen würde.<sup>11</sup> Das hätte für sie fatal sein können: nicht umsonst betonte Masaryk bei jeder Gelegenheit, dass der Schwerpunkt des Widerstands in der Heimat liegen müsse.<sup>12</sup> Die Gefahr war umso größer, da die

„Maffie“ (der in der Heimat organisierte Bestandteil der Auslandsaktion) gerade zu jener Zeit schweren Repressionen ausgesetzt war.<sup>13</sup>

Als die Diplomatie der Mittelmächte ihren Gegnern im Dezember 1916 ein Friedensangebot unterbreitet hatte und Woodrow Wilson, Präsident der – damals noch neutralen – Vereinigten Staaten von Amerika, die Rolle des Vermittlers ergriff, lautete eines der Ziele im Vorschlag der Entente für Friedensverhandlungen: „Befreiung der Tschechoslowaken von der Fremdherrschaft“. Edvard Beneš war es damit gelungen, eine wichtige Hürde zu nehmen: die tschechoslowakische Frage wurde nun auf der internationalen Bühne behandelt.

In Reaktion auf den Wortlaut „Befreiung der Tschechoslowaken von der Fremdherrschaft“ drängten die Wiener Organe in Gestalt des Außenministers Ottokar Czernin und des Ministers für öffentliche Arbeiten der cisleithanischen Regierung Ottokar Trnka die Repräsentanten des Tschechischen Bundes, zum Vorschlag der Entente Stellung zu nehmen. Die Repräsentanten unterschrieben letztendlich – anstelle eines eigenen Entwurfs und nicht ohne Bedenken – einen Text, in dessen Kern die eindeutige Erklärung stand, die Proklamation bezüglich der Befreiung der Tschechoslowaken von der Fremdherrschaft beruhe auf völlig falschen Annahmen, denn „das tschechische Volk sieht – wie stets in der Vergangenheit, so auch in der Gegenwart und in der Zeit, die noch kommt – seine Zukunft und die Voraussetzungen für seine Weiterentwicklung allein unter dem Zepter der Habsburger“.<sup>14</sup> Als

<sup>10</sup> Am 4. Juli 1915 erklärte T. G. Masaryk – vorerst nur für seine Person – von der Schweiz aus: „Jeder Tscheche [...] muss sich entscheiden [...] für die tschechische Idee, oder für die Idee Österreichs“; zit.n. KVAČEK, První světová válka 75.

<sup>11</sup> PICHlíK, Zahraniční odboj 130.

<sup>12</sup> T. G. Masaryk in Zürich am 4. Juli 1915; zit.n. KVAČEK, První světová válka 75.

<sup>13</sup> Als „Maffie“ wurde eine Geheimorganisation bezeichnet, deren Gründung T. G. Masaryk noch vor sei-

ner Abreise ins Exil initiierte und der ihm nahestehende Politiker angehörten. Mit der Maffie arbeiteten auch einige aktive (und nach außen hin aktivistische) Mitglieder der übrigen tschechischen Parteien zusammen. Für einen kurzen Bericht über die Tätigkeit der Maffie siehe die Abhandlung von HAJN, ŠÁMAL, Před Národním výborem.

<sup>14</sup> Präsidium des Tschechischen Bundes zur Erklärung der Entente-Regierungen über die Kriegsziele. In: GALANDAUER, Vznik 282.

der Nationalausschuss die veröffentlichte Erklärung ebenfalls unterstützte, ordnete sich die übertragende Mehrheit der tschechischen Politiker ihren Parteiführern unter. Dadurch sanken die beiden Organe und ihre Repräsentanten jedoch im Ansehen eines Teils der sich radikalisierenden Öffentlichkeit.

Für die tschechischen und die slowakischen Exilpolitiker war die Veröffentlichung der Stellungnahme des Tschechischen Bundes zu den von der Entente erklärten Kriegszielen natürlich ein schwerer Schlag, denn in diesem Moment wurde die Kluft innerhalb der tschechischen Politik deutlich sichtbar: die größten tschechischen Parteien unterstützten eindeutig die Dynastie, während sich der Auslandswiderstand für die Gründung eines eigenständigen tschechoslowakischen Staates stark machte. Zum Glück war diese Situation nicht von langer Dauer.

Die slowakischen Politiker waren – ähnlich wie die tschechischen – vor dem Krieg gleichzeitig slowakische und ungarische Patrioten gewesen. Damit endeten jedoch auch schon die Ähnlichkeiten zur Situation der Tschechen, da die Bedingungen, unter denen die Slowaken lebten und ihre politischen Aktivitäten entfalten, weitaus komplizierter waren. Es fehlte ihnen an einer Staatstradition, und die slowakische Politik wurde von den ungarischen Politikern als extreme Strömung wahrgenommen, die mit ihrer Forderung nach Anerkennung der Slowaken als Nation die Integrität des Königreichs Ungarn gefährdete. Den Slowaken fehlte es an Rückhalt in der lokalen Verwaltung, sie besaßen kein Vertretungsorgan für das Gebiet der Slowakei (wobei das Gebiet nicht einmal genau definiert war), keine adäquate Vertretung im Budapester Reichstag und keine Repräsentanten in der Zentralverwaltung.

Auch für die slowakische Nationalbewegung, die die Habsburger Doppelmonarchie – ähnlich wie

die tschechische – bisher als bestimmenden Faktor ihrer Politik betrachtet hatte, eröffneten sich mit Ausbruch des Krieges neue Horizonte. Der Kriegsausbruch, das wachsende Nationalbewusstsein und die anfänglichen Erfolge der russischen Armee stärkten die Sympathien der slowakischen Bevölkerung gegenüber Russland sowie deren panslawisches Bewusstsein. Doch die Lage änderte sich, nachdem die Euphorie über die russische Offensive, die unmittelbar slowakische Gebiete berührte, abgeebbt war. Wissend, dass der Kriegsausgang völlig ungewiss war, entschieden sich die slowakischen Politiker – wie viele ihrer tschechischen Kollegen – für eine pragmatische Strategie des Abwartens. Um einer Konfrontation mit dem entfesselten ungarischen Nationalismus aus dem Weg zu gehen und keine kompromittierenden Loyalitätsbekundungen gegenüber den Kriegsanstrengungen der Habsburger Monarchie abgeben zu müssen, stellten sie ihre Aktivitäten ein und zogen sich in den passiven Widerstand zurück.

Unter dem Deckmantel der Passivität blieb allerdings ein organisatorisches Geflecht erhalten, das unterschiedliche Anschauungen umfasste und in das alle bedeutenden Zentren der slowakischen Nationalbewegung eingebunden waren. Der Einfluss der konservativen Slowakischen Nationalpartei (*Slovenská národná strana*) mit ihrem Vorsitzenden Matúš Dula war vor allem in der Stadt Martin spürbar. In Bratislava fanden die Sozialdemokraten unter Emanuel Lehocký breite Unterstützung und in der Region Liptov behielten der Masaryk-Anhänger Vavrinec (Vavro) Šrobár und seine engen Mitstreiter die Oberhand. Eine wichtige Rolle fiel den Akteuren in Budapest und Wien zu. In Budapest engagierten sich insbesondere der Rechtsanwalt Emil Stodola und Ferdinand (Ferdiš) Juriga. Letzterer war römisch-katholischer Geistlicher und gleichzeitig einer von zwei slowakischen Abgeordneten im ungarischen Reichstag.<sup>15</sup> In Wien wurden die Slowaken

<sup>15</sup> Der zweite Abgeordnete war der Arzt Pavel Blaho aus Skalica, der während des Krieges als Militärarzt

gedient hatte und seit dem Jahr 1917 im Krankenurlaub war.

von Milan Hodža, Kornel Stodola, dem Bruder von Emil Stodola, und dem Hlasisten Ivan Dérer vertreten.

In der Schlussphase des Krieges, als die meisten slowakischen Politiker an die Durchführbarkeit tiefgreifender staatsrechtlicher Veränderungen zu glauben begannen, erwuchs aus diesem „unterirdischen“ Geflecht eine aktive slowakische Politik. Von den Möglichkeiten, die sich für die Zeit nach einer möglichen Niederlage Deutschlands und seiner Verbündeten anboten, gewann die Idee der tschecho-slowakischen Gegenseitigkeit und eines Zusammenschlusses mit den Tschechen immer mehr an Attraktivität. Bis zum Kriegsende entstand jedoch in der Slowakei kein Projekt, das die slowakischen Vorstellungen von der staatsrechtlichen Stellung der Slowakei innerhalb oder außerhalb der Monarchie konkretisiert hätte.

### **Für die Habsburgermonarchie, aber für eine anders gestaltete**

Die Weltgeschichte machte einen plötzlichen Sprung nach vorn, als die Revolution in Russland das Zarenregime stürzte. Der Sturz des uneingeschränkten „Herrschers der ganzen Rus“ brachte auch die Throne auf der anderen Seite der Front ins Wanken. Einen weiteren wesentlichen Impuls lieferte den demokratischen Kräften Anfang April der Kriegseintritt der Vereinigten Staaten auf Seiten der Entente. Auch in der Habsburger Monarchie mehrten sich die Anzeichen, dass bald bessere Zeiten anbrechen würden. Als der junge Kaiser beschloss, erstmals seit Beginn des Krieges den Reichsrat einzuberufen, erhob sich ein Wind, der Vorbote eines großen Sturms werden sollte.

In den Diskussionen, die vor der für Ende Mai 1917 einberufenen ersten Sitzung des Reichsrats geführt wurden, herrschte daher ein anderer Ton als noch im Januar desselben Jahres. Unterstützt

wurde der Stimmungswandel innerhalb der tschechischen Politik vom „Manifest der tschechischen Schriftsteller“. Die über zweihundert Unterzeichner (Persönlichkeiten und Körperschaften) appellierten darin im Namen der tschechischen Öffentlichkeit in pathetischem Ton an die Abgeordneten, im erneuerten Reichsrat stärker für die demokratischen und nationalen Interessen einzutreten. Das Manifest der Schriftsteller stieß auf ein unerwartet großes Echo und sollte weiteren Manifesten als Vorlage dienen.<sup>16</sup>

Unter dem Eindruck dieser Apelle einigten sich die Mitglieder des Tschechischen Rates auf eine recht radikale staatsrechtliche Erklärung, die sie auf der Eröffnungssitzung des Reichsrates am 30. Mai 1917 verlasen. Darin verlangten sie die Umwandlung der Doppelmonarchie „in einen Bundesstaat bestehend aus freien und gleichberechtigten Nationalstaaten“. Unter Verweis auf das historische Recht und die natürlichen Rechte forderten sie am Schluss der Erklärung den „Zusammenschluss aller Zweige des tschechoslawischen Volkes zu einem demokratischen tschechischen Staat, wobei auch die slowakischen Zweige, die in Verbindung mit der historischen tschechischen Heimat leben, nicht übergangen werden dürfen“.<sup>17</sup> Der Großteil der tschechischen Öffentlichkeit nahm diese Erklärung mit Begeisterung auf. Die staatsrechtlichen Erklärungen, die von den südslawischen, polnischen und russischen Abgeordneten eingereicht wurden, waren von einem ähnlichen Geist getragen.

Der zitierte Schluss der staatsrechtlichen Erklärung berührte jedoch die Verfassungsgrundlagen der Monarchie insgesamt und alarmierte logischerweise sowohl die deutschen Abgeordneten als auch die ungarischen Politiker. Der Abgeordnete Raphael Pacher (künftiger Landeshauptmann der Provinz Deutschböhmen und österreichischer Minister und Abgeordneter) machte seine ablehnende Haltung sofort in einem Redebeitrag klar. Auch die ungarische Presse reagierte

<sup>16</sup> Siehe hierzu insbesondere KUČERA, Přehled.

<sup>17</sup> Zit.n. MERHOUT, Dokumenty 53

auf die Erklärung, und der ungarische Ministerpräsident István Tisza schickte dem Vorsitzenden der cisleithanischen Regierung Heinrich Clam-Martinic einen verärgerten Brief.<sup>18</sup>

Die in der staatsrechtlichen Erklärung enthaltene Forderung nach einem Zusammenschluss mit der Slowakei kam auch für viele Tschechen überraschend, denn im Programm der Parteien, die die tschechische Politik bestimmten, war sie ein echtes Novum. Offenbar wurde sie erst in letzter Minute auf Drängen von Vavro Šrobár und der „Wiener“ Slowaken Milan Hodža und Ivan Déer sowie unter dem Einfluss des Manifests der Schriftsteller in den Text aufgenommen. Auch konnten sich nicht alle Mitglieder des Tschechischen Bundes mit der Erklärung identifizieren – das galt für die Radikalen, die die tschechoslowakische Selbständigkeit anstrebten, und die nationalkatholischen Abgeordneten aus Mähren. Die staatsrechtliche Erklärung sollte zudem nicht die einzige von tschechischer Seite bleiben. Antonín Kalina und Václav Prunar, zwei Abgeordnete aus den Reihen der Staatsrechtlich-fortschrittlichen Partei, die außerhalb des Tschechischen Bundes standen, gaben eine eigene staatsrechtliche Deklaration ab. Darin bezeichneten sie die Mittelmächte als Kriegsschuldige und bekannten sich zum Programm der Auslandsaktion. In der Presse erschien ihre Erklärung nur in zensierter Form.<sup>19</sup>

Die Gegner der staatsrechtlichen Erklärung hatten für ihre Einwände zum damaligen Zeitpunkt recht überzeugende Argumente. Da die Erklärung vom Erhalt der Habsburger Monarchie ausging, erschien die dualistische Struktur des Reiches als ernsthaftes Hindernis für einen Zusammenschluss mit der Slowakei. Damals verfügten

die ungarischen Vertreter in der Monarchie über großen Einfluss, somit erschien die in der staatsrechtlichen Erklärung antizipierte Abschaffung der dualistischen Struktur als unlösbares Problem. Die Forderung nach einem Zusammenschluss mit der Slowakei untergrub und schwächte zudem die auf dem historischen Recht beruhende Argumentation, die in Bezug auf das Gebiet der Länder der böhmischen Krone benutzt worden war. Die Befürworter dieser Argumentation fürchteten, die auf dem natürlichen Recht beruhende Argumentation könne den historisch und wirtschaftlich begründeten tschechischen Anspruch auf die Grenzgebiete der Länder der böhmischen Krone in Frage stellen.

Wenngleich es gegenüber früheren öffentlichen Äußerungen tschechischer Politiker zu einer merklichen Verschiebung gekommen war, korrespondierte die staatsrechtliche Erklärung des Tschechischen Bundes noch immer nicht voll und ganz mit den proklamierten Zielen und Stellungnahmen der Repräsentanten des Auslandswiderstandes. Letztere mussten erhebliche Anstrengungen unternehmen, um die Politiker und Diplomaten der Entente davon zu überzeugen, dass der Ruf nach einer Umwandlung der Monarchie in einen Bundesstaat nur ein taktischer Schritt gewesen war, der die tschechischen Abgeordneten vor Verfolgung schützen sollte.

An die staatsrechtliche Erklärung vom 30. Mai knüpfte der Tschechische Bund mit einer Interpellation („Anfrage“) zum Verhalten der Regierung gegenüber dem tschechischen Volk während des Krieges an.<sup>20</sup> Die deutschnationalen Abgeordneten reagierten darauf mit einer Interpellation zum Verhalten des tschechischen Volkes während des Krieges. Die Regierung beantwortete keine dieser

<sup>18</sup> Siehe hierzu OPOČENSKÝ, Tisza a státoprávní prohlášení; dem Text wurde auch die deutsche Fassung des Schreibens beigelegt.

<sup>19</sup> Text einschließlich zensierter Passagen abgedruckt als Dokument Nr. 3 in: Příručka 37–39.

<sup>20</sup> Chování se vládních kruhů k českému národu za války. Dotaz poslanců Františka Staňka, Dr. Zdenka

Tobolky a soudruhů na Jeho Excellenci pana ministerského předsedu v příčině chování se vládních kruhů k českému národu za doby válečné [Verhalten der Regierungskreise gegenüber dem tschechischen Volk während des Krieges. Anfrage der Abgeordneten František Staňek, Dr. Zdeněk Tobolka und Genossen

beiden Anfragen. Dennoch erfüllte die Interpellation des Tschechischen Bundes ihren Zweck, da die Öffentlichkeit – über den Umweg des Parlaments – von Tatsachen erfuhr, über die die Presse ansonsten nicht berichten durfte. Und auch die deutsche Interpellation war hilfreich – sie diente als Argument für den Auslandswiderstand, der mit ihrem Inhalt die Gesinnung der tschechischen Bevölkerung dokumentierte.

In jedem Fall ließen die Ereignisse, die sich in der ersten Jahreshälfte 1917 auf der Weltbühne und daheim abspielten, auf eine Veränderung hoffen. Damit waren auch innerparteiliche Verschiebungen verbunden. Die Sympathisanten der Auslandsaktion gewannen im Aktionsausschuss der Jungtschechen die Oberhand. Gleichzeitig wuchs ihr Einfluss in der National-Sozialen Partei – auch dank der Entlassung Jiří Stříbrnýs aus dem Militärdienst. Anfang Juli erließ der Kaiser eine Amnestie und kurz darauf verließen mehr als 700 tschechische Häftlinge das Gefängnis, unter ihnen Karel Kramář und Alois Rašín.

Die Vorbereitungen für eine neue Verfassung hatten begonnen, und so ersuchte der Nationalausschuss mehrere bedeutende Hochschulexperten, Verfassungsentwürfe auf der Basis der staatsrechtlichen Erklärung vom 30. Mai zu erarbeiten.<sup>21</sup> Jan Galandauer zufolge wurden sechs Fachleute gebeten, entsprechend den Zielsetzungen der Erklärung des Tschechischen Bundes ihre Vorstellung von der zukünftigen verfassungsrechtlichen Stellung der Länder der böhmischen Krone zu skizzieren.<sup>22</sup> Die Entwürfe sollten also von einer Neuorganisation des Habsburgerreichs ausgehen und sich auf die verfassungsrechtliche Ausgestaltung eines Gesamtgebildes

aus den Ländern der böhmischen Krone und der Slowakei konzentrieren.

Die Aktion verlief mehr oder weniger geheim, weshalb nur ein relativ enger Personenkreis an ihr beteiligt war. Die Erklärung des Tschechischen Bundes, auf der die Entwürfe basieren sollten, setzte zwar voraus, dass die hereditäre Monarchie der habsburgischen Dynastie als Rahmen des Reichs erhalten blieb, dennoch handelte es sich um eine sensible Angelegenheit. Schließlich richtete sich die Forderung nach einem Zusammenschluss der Länder der böhmischen Krone mit der Slowakei gegen die dualistische Struktur des Reichs.<sup>23</sup>

Im Jahr 1924 wurden alle Texte, die für gewöhnlich als Verfassungsentwürfe bezeichnet werden, von Zdeněk Tobolka veröffentlicht.<sup>24</sup> Entsprechend der Aufgabenstellung befassten sie sich hauptsächlich mit der Ausgestaltung des künftigen tschecho-slowakischen Gebildes, aber auch mit der Ausgestaltung der Habsburger Monarchie als Ganzem, oder zumindest mit der Kompetenzverteilung zwischen dem Reich und seinen Bestandteilen. Das Gesamtgebilde wurde in den Entwürfen als Bündnis (Föderation) der Donaustaaten (A), als Staatenbund bestehend aus einem tschechischen, einem polnischen, einem österreichischen, einem ungarischen und einem südslawischen souveränen Staat (B), als Staatenbund bestehend aus einem tschechischen, einem polnischen, einem österreichischen, einem ungarischen, einem südslawischen und eventuell einem russinischen Staat (D), und als Österreichischer (Donauanrainer-, Mitteleuropäischer) Vierländerstaat (E) bezeichnet. Der Autor von Entwurf C vermied es, dem zukünftigen gemeinsamen Staat einen Namen zu geben.

---

an Ihre Exzellenz den Herrn Regierungsvorsitzenden zur Ursache des Verhaltens der Regierungskreise gegenüber dem tschechischen Volk in der Zeit des Krieges]. Prag 1917.

<sup>21</sup> TOBOLKA, *Politické dějiny* 4, 260. Zu den Verfassungsentwürfen siehe außerdem insbesondere GALANDAUER, *Vznik* 102ff.; VYKOUPIĚL, František Weyr, Josef

Pekař; KUČERA, Josef Pekař. 179ff.; VOJÁČEK, „Zaholené ústavy“.

<sup>22</sup> GALANDAUER, *Vznik* 101ff.

<sup>23</sup> Siehe hierzu OPOČENSKÝ, *Tisza a Státoprávní prohlášení 195–201*.

<sup>24</sup> TOBOLKA, *Státoprávní prohlášení*.

Der Historiker Josef Pekař, der ebenfalls in die ganze Aktion eingeweiht war, charakterisierte die einzelnen Entwürfe in seinen Notizen<sup>25</sup> stichwortartig wie folgt: Entwurf A war für ihn autonomistisch, Entwurf B prinzipientreu (ganz offensichtlich deshalb, weil der Entwurf das historische Staatsrecht zugrunde legte), Entwurf C durchdacht und bedingt prinzipientreu (wahrscheinlich weil sich der Autor zwar nicht auf das historische Recht berief, aber die Integrität der tschechischen Länder durch das allgemeine geographische Prinzip gestützt sah, das ähnlich wie das historisch-rechtliche Prinzip für die Integrität der Länder der böhmischen Krone sprach), Entwurf D föderalistisch und Entwurf E sehr an die Übergangszeit denkend.

Bezeichnend ist, dass sich die Autoren – bis auf einen – nicht nur in der Zeit des Krieges sondern auch danach nicht zu ihren Texten bekannten. Zum Zeitpunkt ihrer Entstehung war dies darauf zurückzuführen, dass die Überlegungen in Richtung einer Demontage der dualistischen Struktur der Habsburgischen Monarchie zu heikel, die Texte somit zu radikal waren. Nach der Gründung der Republik bekannten sie sich zu ihren Texten offenbar deshalb nicht, weil sie die Schmähungen derer fürchteten, in denen – manchmal fünf nach zwölf – ein radikaler Patriotismus bzw. ein blinder, dafür aber umso aggressiverer Nationalismus erwacht war, und für die diese Texte rückschrittlich und „altösterreichisch“ waren. Einzig František Weyr, der gleichzeitig seinen Kollegen, engen Mitstreiter und Freund Karel Engliš als Co-Autor nannte, hatte den Mut (oder das Bedürfnis), sich zu einem der Entwürfe (C) zu bekennen.<sup>26</sup>

Erwähnt werden sollte auch, dass sich in dieser Zeit im tschechischen Umfeld noch ein weiteres Konzept einer verfassungsrechtlichen Regelung herausbildete. Dieses entstand im Rahmen eines

Meinungskonflikts innerhalb der Sozialdemokratie, während dessen sich der national orientierte Flügel gegen die von Bohumír Šmeral vertretene traditionelle sozialdemokratische Vorstellung, die Habsburger Monarchie könne in eine im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes der Völker gestaltete Föderation umgewandelt werden, durchzusetzen begann.<sup>27</sup> Die Politiker und Juristen, die dieser nationalen Strömung nahestanden, versuchten, die staatsrechtliche Erklärung vom 30. Mai in einer besonderen Sammelband-Doppelausgabe der sozialistischen Revue „Akademie“ vom Oktober 1917 weiterzuentwickeln.<sup>28</sup> Im Unterschied zu den Entwürfen für den Nationalausschuss, in denen sich das historisch-rechtliche und das natürlich-rechtliche Konzept größtenteils überschneiden, dominierte in den in der Revue „Akademie“ erschienen Texten die natürlich-rechtliche Sichtweise eindeutig als Ausgangspunkt für eine künftige Ordnung Mitteleuropas. Diese Sichtweise sollte – soweit dies unter mitteleuropäischen Verhältnissen möglich war – für die Entstehung mehr oder weniger national homogener Gebilde sorgen. Zudem entsprach sie dem verwässerten sozialdemokratischen Internationalismus mehr als das Festhalten an den Grenzen historischer staatsrechtlicher Individualitäten.

Die besagten Verfassungsentwürfe wurden schnell von den Ereignissen der Geschichte überrollt. Zur Zeit ihrer Erarbeitung jedoch deutete zweifellos manches darauf hin, dass der Krieg bald mit einem Kompromiss enden würde. Selbst der Kaiser hielt dies angeblich für wahrscheinlich, und die Bemühungen Österreichs um eine Aufnahme von Verhandlungen wurden später durch die in Zusammenhang mit der sog. Sixtus-Affäre veröffentlichten Informationen bestätigt. Wenn der Krieg mit einem Kompromiss geendet

<sup>25</sup> Fond J. Pekař, Archiv des Nationalmuseums, Kart. 44.

<sup>26</sup> WEYR, K návrhům ústavy československého státu 264.

<sup>27</sup> Zur Entwicklung innerhalb der Sozialdemokratie siehe insbesondere KÁRNÍK, Habsburk, Masaryk či Šmeral?.

<sup>28</sup> Akademie 21 (1917) Nr. 9–10.

hätte, so hätte dies fraglos den Erhalt der – in irgendeiner Weise reformierten – Habsburger Monarchie bedeutet. Der Krieg endete jedoch nicht mit einem Kompromiss. Außerdem darf mit gutem Grund bezweifelt werden, dass im Falle eines Erhalts der Monarchie Entwürfe eine Chance gehabt hätten, in denen zwar von einem Erhalt der Monarchie ausgegangen wurde, die gleichzeitig jedoch die dualistische Struktur der Monarchie demontierten und insbesondere die peinlich behütete Integrität des ungarischen Königreiches infrage stellten.

### **Für einen selbständigen Staat, aber vorsichtig**

Auch wenn der Erhalt der Monarchie in der großen Politik nach wie vor als reale Möglichkeit gesehen wurde, orientierte sich die tschechische Öffentlichkeit immer stärker an der Idee eines selbständigen Staates. Der Stimmungswandel innerhalb der Bevölkerung machte sich auch an der Ausrichtung der tschechischen Politik deutlich bemerkbar. So war es sicher kein Zufall, dass die neuen Positionen zuerst von den Politikern übernommen wurden, die in unmittelbarem Kontakt zur Bevölkerung standen, während der Tschechische Bund in Wien eher an der traditionellen aktivistischen Linie festhielt. Doch auch die Mitglieder des Tschechischen Bundes erkannten schon bald, dass von der bestehenden österreichischen politischen Vertretung keine Umsetzung der tschechischen Forderungen zu erwarten war. Darin bestätigt sahen sie sich auch durch den neuen Regierungsvorsitzenden Ernst Seidler, der höchstens kosmetische Verfassungsänderungen zulassen und die dualistische Struktur der Monarchie keinesfalls aufgeben wollte. So war die Erarbeitung der Verfassungsentwürfe im Jahr 1917 eine der letzten Handlungen der tschechischen Politik, in deren Mittelpunkt der Erhalt der Monarchie stand. Für den maßgeblichen Teil der tschechischen Inlandspolitiker wurde die staatliche

Selbständigkeit nach und nach zum obersten Ziel, wenngleich dieses Ziel aufgrund der Kriegsumstände immer noch eher zurückhaltend präsentiert wurde.

Es kam also Bewegung in das Feld der tschechischen Politik, und bald sollte kein Stein auf dem anderen bleiben. Eine kleine Oktoberrevolution erlebte am 7. November 1917 das Präsidium des Tschechischen Bundes, als radikalere Mitglieder (z.B. G. Habrman, V. Klofáč, A. Stránský und F. Udržal) in das bislang aktivistische Organ vordrangen. Auch Versuche, das tschechische politische Leben – ohne die „proösterreichischen“ Sozialdemokraten und Klerikalen – in einer Strömung zusammenzufassen, zeugten von einer Neuorientierung, scheiterten jedoch bereits in der Vorbereitungsphase.

Ein Schlüsselmoment für die tschechische Inlandspolitik war der 6. Januar 1918. An jenem Tag traten die tschechischen Abgeordneten des Reichsrates und der Landtage als „Generallandtag der Abgeordneten der Länder der böhmischen Krone“ zusammen, um gemeinsam auf die Ablehnung ihrer Forderung nach Teilnahme ihrer Vertreter bei den Friedensverhandlungen mit Sowjetrußland zu reagieren. In dem als „Dreikönigsdeklaration“ verabschiedeten Dokument, in dem das Reich und die Dynastie Habsburg-Lothringen mit keiner Silbe erwähnt wurden, hieß es: „Unser Volk verlangt seine Unabhängigkeit, [...] um im freien Wettbewerb mit anderen freien Völkern und in seinem eigenen souveränen, vollwertigen, demokratischen, sozial gerechten und auf der Gleichheit seiner gesamten Bevölkerung beruhenden Staat und innerhalb der Grenzen seiner sowie der slowakischen historischen Länder und Siedlungen zu einer neuen, großartigen Entwicklung der Menschheit beitragen zu können, [...]“. Dies war kein vorsichtiges Lavieren mehr, sondern eine recht eindeutige Abkehr von der Habsburger Monarchie! Und genauso wurde der Text auch von der österreichischen Regierung mit ihrem Ministerpräsidenten Seidler, vom Auslands-

widerstand, von der tschechischen Öffentlichkeit, der der Inhalt der Deklaration aufgrund der Zensur bis Ende Januar verborgen blieb (weshalb umso phantastischere Gerüchte darüber kursierten), und den Deutschen in den Ländern der böhmischen Krone verstanden. Letztere reagierten auf die Deklaration rasch mit der Forderung, die von Deutschen bewohnten Grenzgebiete von Böhmen abzutrennen und ein eigenständiges Land Deutschböhmen zu gründen.

Mit der Dreikönigsdeklaration hatte die tschechische Politik definitiv den Rubikon überschritten, und auch die Kriegserfolge Deutschlands konnten sie nicht mehr von der einmal eingeschlagenen Richtung abbringen. Bestätigt wurde dies im April durch den sog. „nationalen Eid“ und insbesondere dadurch, dass im Juli der reformierte Nationalausschuss, der sich nun „tschechoslowakisch“ nannte, seine Tätigkeit wiederaufnahm. In seiner ersten Erklärung bekannte er sich zu den Zielen der tschecho-slowakischen Auslandsaktion, indem er „das Recht auf Selbstbestimmung in einem eigenständigen, tschechoslowakischen Staat mit eigener Verwaltung im eigenen Haus und in eigener Souveränität“ verlangte.

Auch wenn die tschechischen Politiker keinen so schnellen Ablauf der Ereignisse erwarteten, begannen sie, sich auf die Übernahme der Macht vorzubereiten. Das Ergebnis ihrer Vorbereitungsarbeiten waren insbesondere zwei bekannte Entwürfe, die später als Entwurf des politischen Gesetzes<sup>29</sup> (mit den daran anknüpfenden „Durchführungsgesetzen“) und als Entwurf des Wirtschaftsgesetzes<sup>30</sup> bekannt wurden. Ihr Inhalt fand Eingang in die tschechoslowakische Gesetzgebung, insbesondere auch in das Gesetz Nr. 11/1918 Slg., mit dem sich am 28. Oktober 1918 der tschechoslowakische Staat konstituierte.

<sup>29</sup> Der Hauptautor dieses Entwurfs Ferdinand Pantůček nannte ihn bezeichnenderweise „Entwurf einer ersten Übergangsverfassung“; Ferdinand PANTŮČEK, Příprava státního převratu ve směru zákonodárství a správy, in: Národní listy, vom 28. Oktober 1919; zit.n. WERSTADT, Svědectví a dokumenty 352.

In den ersten Monaten des Jahres 1918 wurden auch die slowakischen Politiker aktiv, von denen einige bereits im Jahr 1917 den Kontakt zu tschechischen Politikern und auch zur „Maffie“ gesucht hatten. Die erste wichtige Rede eines slowakischen Politikers zugunsten eines tschecho-slowakischen Staates wurde bei der Demonstration zum 1. Mai des Jahres 1918 in Liptovský Mikuláš gehalten. Inspiriert von tschechischen Politikern setzte Vavro Šrobár durch, dass die bei diesem Anlass verabschiedete Resolution neben sozialen und allgemeinen demokratischen Forderungen auch eine Erklärung über das Selbstbestimmungsrecht des „ungarischen Zweigs des tschechoslowakischen Stammes“ enthielt.

Die tschecho-slowakische Orientierung der slowakischen Politik erhielt drei Wochen später, bei einer geheimen Besprechung der Slowakischen Nationalpartei am 24. Mai in Martin, offenbar endgültig die Oberhand. Bei dieser Besprechung schlossen sich die Vertreter aller bedeutenden slowakischen politischen Strömungen der Idee eines gemeinsamen tschechoslowakischen Staates an. Die Trennung von den Ungarn deklarierte am 19. Oktober im ungarischen Reichstag Ferdinand Juriga (ähnlich wie zuvor bereits der Vorsitzende des Tschechischen Bundes František Staněk die Trennung der Tschechen von Österreich verkündet hatte), indem er erklärte, dass der Reichstag nicht legitimiert sei, die Interessen des slowakischen Volkes bei der Friedenskonferenz zu vertreten.

Die Tatsache, dass innerhalb der slowakischen Politik Einigkeit herrschte, was die grundlegende Frage des künftigen Schicksals der slowakischen Nation und die Orientierung hin zu einem gemeinsamen Staat mit dem tschechischen Volk betraf, ließ die Vorkriegsidee, einen Slowakischen

<sup>30</sup> Beide Entwürfe veröffentlichte František Xaver Hodáč unter dem Titel O náš hospodářský program [Über unser Wirtschaftsprogramm] in der Zeitschrift Obzor národohospodářský. Vgl. HODÁČ, hospodářský program.

Nationalrat als gemeinsame, gesamtslowakische Koordinierungs- und Steuerungskörperschaft einzurichten, wieder aktuell werden. Das Fundament zur Gründung der neuen Körperschaft legten sieben slowakische Politiker, die vom Vorsitzenden der Slowakischen Nationalpartei Matúš Dula für den 12. September 1918 zu einer geheimen Besprechung nach Budapest bestellt wurden. De jure sollte sich der Nationalrat auf einer offiziellen Versammlung konstituieren. Da die Teilnehmer der Besprechung aber davon ausgingen, dass die ungarische Regierung eine solche Versammlung nicht genehmigen würde, begannen sie sofort mit ihrer Arbeit als revolutionäres Interimsorgan.

Die einberufene Versammlung fand jedoch am Nachmittag des 30. Oktober 1918 in Turčiansky Sv. Martin tatsächlich statt und verabschiedete – ohne dass ihre Teilnehmer ahnten, dass der tschechoslowakische Staat bereits existierte – die historische „Deklaration des slowakischen Volkes“ (Martiner Deklaration).<sup>31</sup> Darin erklärten die Teilnehmer: „Das slowakische Volk ist sowohl sprachlich als auch kulturhistorisch Teil eines einheitlichen tschecho-slowakischen Volkes.“ Für dieses Volk forderten sie „das uneingeschränkte Recht auf Selbstbestimmung auf der Grundlage völliger Unabhängigkeit“.<sup>32</sup>

## Schluss

Kehrt man zum anfangs gezogenen Vergleich der Politik in der Zeit des Krieges mit einem Schachspiel zurück, so gelangt man zu dem Schluss, dass in diesem Spiel sowohl Tschechen als auch Slowaken eine aktive Rolle spielten – mit unbedeutendem Startkapital und umso größerem Risiko, gleichwohl in einer hoffnungsvolleren Position als noch vor dem Krieg. Die Tschechen kamen früher

ins Spiel und erwiesen sich als vorsichtige Spieler, die mehrere Eisen im Feuer hatten und ihr bescheidenes Kapital auf dem gesamten Spielfeld ausbreiteten. Erst im letzten Kriegsjahr überwogen bei ihnen ganz und gar die Bestrebungen in Richtung eines selbständigen tschechoslowakischen Staates. Die Slowaken, die sich auf keine eigenen politischen Organe stützen konnten, befanden sich in einer noch schwierigeren Ausgangslage. Daher gelang es ihnen erst ganz am Ende des Krieges, ihr Feld am Rande des politischen Schachbretts zu erobern.

Der erste Weltkrieg bildete die aktive Kulisse zum großen Umbruch innerhalb der tschechischen und slowakischen Politik. Während die tonangebenden tschechischen und slowakischen politischen Kräfte vor dem Krieg eindeutig für die – reformierte – Habsburger Monarchie eingetreten waren, lautete ihr Motto zum Ende des Krieges: Selbständigkeit.

## Korrespondenz:

Prof. JUDr. Ladislav VOJÁČEK, CSc.  
Žeranovice 273  
769 01 Holešov  
Tschechische republic  
ladislav.vojacek@law.muni.cz  
ORCID-Nr. 0000-0002-7654-0391

## Abkürzungen:

GBL. Gesetzblatt  
Slg. Sammlung der Gesetze und Verordnungen des czechoslovakischen Staates

Siehe auch das allgemeine Abkürzungsverzeichnis:  
[<http://www.rechtsgeschichte.at/media/abk.pdf>]

<sup>31</sup> Vgl. z.B. GREČO, Martinská deklarácia; HRONSKÝ, Boj; CHALOUPECKÝ, Martinská deklaráce 338ff.; KOVÁČ, Muži Deklarácie.

<sup>32</sup> VESELÝ, Dějiny českého státu 321. Wie VESELÝ unter Verwendung eines ziemlich ungewöhnlichen, jedoch

recht treffenden Begriffs schreibt (ebd. 320): „der Begriff tschechoslowakisches Volk wurde als Ausdruck einer größeren, übernationalstaatlichen Einheit angesehen“.

## Quellen:

Archiv des Nationalmuseums, Fond J. Pekař

## Literatur:

Akademie. Revue socialistická [Akademie. Sozialistische Revue] 21 (1917) Nr. 9–10.

S. BALÍK, V. HLOUŠEK, J. HOLZER, J. ŠEDO, Politický systém českých zemí 1848–1989 [Das politische System der böhmischen Kronländer 1848–1989] (Brno 2007).

E. BENEŠ, Zničte Rakousko! Utrpení Čechů a Slováků v dějinách [Zerstört Österreich! Das Leid der Tschechen und Slowaken über die Geschichte hinweg] (Praha 1920).

Václav CHALOUPECKÝ, Martinská deklarace a její politické osudy [Die Martiner Deklaration und ihre politischen Schicksale], in: Český časopis historický [Tschechisches Magazin für Geschichte] 34 (1928) 322–342.

J. GALANDAUER, Vznik československé republiky 1918 (Programy, projekty, předpoklady) [Die Entstehung der Tschechoslowakischen Republik 1918 (Programme, Projekte, Prämissen)] (Praha 1988).

M. GREČO, Martinská deklarácia [Martiner Deklaration] (Turčiansky Sv. Martin 1947).

A. HAJN, P. ŠÁMAL, Před Národním výborem [Vor dem Nationalausschuss], in: Národní shromáždění československé v prvním roce republiky [Die Tschechoslowakische Nationalversammlung im ersten Jahr der Republik] (Praha 1919) 4–14.

J. HARNA, České státní právo a ústavní systém v programech českých politických stran na přelomu 19. a 20. století [Tschechisches Staatsrecht und Verfassungssystem in den Programmen der tschechischen politischen Parteien am Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts], in: K. MALÝ, L. SOUKUP (Hgg.), Vývoj české ústavnosti v letech 1618–1918 [Entwicklung des tschechischen Konstitutionalismus in den Jahren 1618–1918] (Praha 2006) 490–530.

J. HEIDLER, České politické strany v Čechách, na Moravě a ve Slezsku [Die tschechischen politischen Parteien in Böhmen, Mähren und Schlesien] (Praha [ohne Jahresangabe]).

František Xaver HODÁČ, O náš hospodářský program [Über unser Wirtschaftsprogramm], in: Obzor národohospodářský [Volkswirtschaftliche Rundschau] 31 (1926) 1–38.

M. HRONSKÝ, M. Boj o Slovensko a Trianon 1918–1920 [Der Kampf um die Slowakei und Trianon 1918–1920] (Bratislava 1998).

Z. KÁRNÍK, Habsburk, Masaryk či Šmeral? Socialisté na rozcestí [Habsburg, Masaryk oder Šmeral? Die Sozialisten am Scheideweg] (Praha 1968).

D. KOVÁČ u. a., Muži Deklarácie [Die Männer der Deklaration] (Bratislava 1991).

O. KREJČÍ, Geopolitika střeoevropského prostoru. Pohled z Prahy a Bratislavy [Die Geopolitik des mitteleuropäischen Raums aus der Perspektive Prags und Bratislavy] (Praha 2009).

Martin KUČERA, Přehled manifestů tvůrčí inteligence z jara 1917 [Übersicht der Manifeste der schöpferischen Intelligenz vom Frühling 1917], in: Sborník k dějinám 19. a 20. století, Sv. 11 [Sammelband zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 11] (Praha 1989) 249–301.

DERS., Rakouský občan Josef Pekař [Der österreichische Bürger Josef Pekař] (Praha 2005).

R. KVAČEK, První světová válka a česká otázka [Der Erste Weltkrieg und die tschechische Frage] (Praha 2013).

T. G. MASARYK, Česká otázka. Naše nynější krize [Die tschechische Frage. Unsere gegenwärtige Krise] (Praha 1990).

C. MERHOUT (Hg.), Dokumenty našeho osvobození [Dokumente unserer Befreiung] (Praha 1919).

Jan OPOČENSKÝ, Tisza a státoprávní prohlášení českých poslanců z 30. května 1917 [Tisza und die staatsrechtliche Erklärung der tschechischen Abgeordneten vom 30. Mai 1917], in: Naše revoluce. Čtvrtletní historický sborník [Unsere Revolution. Vierteljährlich erscheinender historischer Sammelband] 3 (1925–1926) 195–201.

K. PICHlíK, Zahraniční odboj 1914/1918 bez legend [Der Auslandswiderstand 1914/1918 ohne Legenden] (Praha 1968).

Příručka. Výběr úvah politických a jiných [Handbuch. Eine Auswahl politischer und anderer Überlegungen] (Praha 1918).

Z. TOBOLKA, Československé politické strany doby předválečné o konečných cílech svého národa [Die tschechoslowakischen politischen Parteien zu den endgültigen Zielen ihres Volkes], in: Idea státu československého [Die Idee vom tschechoslowakischen Staat] (Praha 1936) 114–126.

Z. TOBOLKA, Státoprávní prohlášení z 30. května r. 1917 [Die staatsrechtliche Erklärung vom 30. Mai 1917], in: Naše revoluce. Čtvrtletní historický sborník [Unsere Revolution. Vierteljährlich erscheinender historischer Sammelband] 2 (1924) 161–236.

- Z. TOBOLKA, Politické dějiny československého národa od r. 1848 až do dnešní doby [Politische Geschichte des tschechoslowakischen Volkes von 1848 bis heute], Sv. 4: 1914-1918 (Praha 1937).
- Z. VESELÝ, Dějiny českého státu v dokumentech [Geschichte des tschechischen Staates in Dokumenten] (Praha 1994).
- Ladislav VOJÁČEK, „Zahozené ústavy“ a jejich záhadní autoři [Die „verworfenen Verfassungen“ und ihre mysteriösen Autoren], in: Časopis pro právní vědu a praxi [Zeitschrift für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis] 25 (2017) 5–22.
- Libor VYKOUPILO, František Weyr, Josef Pekař a návrhy československé ústavy z roku 1917 [František Weyr, Josef Pekař und die Entwürfe für eine tschechoslowakische Verfassung von 1917], in: Sborník prací Filozofické fakulty brněnské univerzity [Sammelband mit Arbeiten der Philosophischen Fakultät der Universität Brno] C41 (1994) 101–106.
- Jaroslav WERSTADT (Hg.), Svědectví a dokumenty k historii říjnového převratu v českých zemích. [Zeugnisse und Dokumente zur Geschichte des Oktober-Umsturzes in den böhmischen Kronländern], in: Naše revoluce 2 (1924) 326–411.
- František WEYR, K návrhům ústavy československého státu [Zu den Entwürfen der tschechoslowakischen Staatsverfassung von 1917], in: Naše revoluce. Čtvrtletní historický sborník [Unsere Revolution. Vierteljährlich erscheinender historischer Sammelband] 3 (1925–1926) 264.
- Za právo a stát 1848 – 1918. Sborník dokladů o československé společné vůli k svobodě 1848 – 1918. K jubilejnímu dni 28. října 1928 [Für Recht und Staat 1848 – 1918. Sammelband mit Belegen über den gemeinsamen tschechoslowakischen Freiheitswillen 1848 – 1918. Zum Jubiläumstag am 28. Juni 1928] (Praha 1928).